VR-07 (V-103)-218-3 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Sebastian Schäfer (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 217 bis 218 einfügen:
stehen wir auch aus ganz praktischen Gründen zur Stärkung der Rückkehrberatung
und dem Vorrang der freiwilligen Ausreise. Gerade bei schweren Straftäter*innen oder religiösen Extremist*innen muss der Rechtsstaat hart durchgreifen. Daher ist richtig, dass in einzelnen Fällen auch Menschen nach Afghanistan zurückgeführt wurden, die am Ende ihrer Haftverbüßung standen. Denn wer schwere Straftaten begeht, verwirkt seinen Schutzstatus. Gleichzeitig dürfen solche Rückführungen nicht dazu führen, dass das Unrechtsregime der Taliban anerkannt wird oder Rückführungen nach Afghanistan normalisiert werden. Unser Rechtsstaat muss in allererster Linie hier alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu verhindern, dass von diesen Menschen weiterhin eine Gefahr ausgeht.

Begründung

Mündlich

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Pewny (KV Bochum); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Michael Joukov (KV Ulm); Birgitt Bender (KV Stuttgart); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt); Sonja Lohf (KV Bochum); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Joachim Gutsche (KV Bottrop); Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Claudia Rausch (KV Bochum); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Uwe Janssen (KV Esslingen); Alexander Link (KV Heidelberg); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Tina Conrady (KV Rhein-Erft-Kreis); Simon Zunk (KV Uckermark); Tilo Fuchs (KV Berlin-Mitte); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.